

ARBEITSGRUPPE SOLIDARISCHE KIRCHE IM RHEINLAND

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarischekirche.de

Köln, im Februar 2021

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

nach diesem für uns alle schwierigen Jahr melden wir uns mit diesem Rundbrief und geben Ihnen und Euch weiter, was wir bedacht und beschlossen haben, obwohl wir uns ja nur mit großen Einschränkungen und selten treffen konnten. Auf digitale Treffen haben wir uns bisher nicht eingelassen, aber Emails und Telefonate haben manches ersetzen können.

Als erstes soll einmal der Dank stehen an alle Mitglieder, die mit ihrem Beitrag Jahr für Jahr ermöglichen, dass wir mit uns verbundene Vereine und Gruppen unterstützen können. Das waren im Jahr 2020 wie seit Jahren:

- Coordination gegen Bayer-Gefahren: 600 Euro
- Kairos Europa: 100 Euro
- Bioskop: 100 Euro
- ÖNiD: 50 Euro
- Südwind: 250 Euro
- Versöhnungsbund: 100 Euro

Diesmal kamen einige Spenden dazu, die aktuell angefragt waren und uns überzeugt haben:

- Das Buchprojekt „Was ist Friedenstheologie“,
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie: 500 Euro.
Inzwischen ist das Buch erschienen zum Preis von 10 Euro (s. auch die Vorstellung des Buches auf unserer website).
- Flüchtlingskinder im Libanon e.V.: 300 Euro
- JugendInterkult e.V. Daoud Nassar Tent of Nations: 500 Euro
- ZFD Forum Ziviler Friedensdienst e.V.: 200 Euro und
- das Buchprojekt von Prof. Dr. Gottfried Orth: Gottes und der Menschen Genossin: Marie Veit – Bibelwissenschaftlerin, Religionspädagogin, Sozialistin – eine Werkbiografie: 200 Euro.

Im Folgenden geben wir weiter, was uns vor allem beschäftigt hat:

- die Aktion zur Unterstützung des „Schrei nach Hoffnung“ palästinensischer Christen.
- Aktuelle Informationen zum Thema Israel/Palästina sind zu finden im Text von Martin Breidert,
- zum Thema Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte drucken wir einen Text von Prof. Jürgen Zimmerer ab.
- Dann folgt das Memorandum der Solidarischen Kirche im Rheinland und des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika zur Auslandsarbeit der EKD anlässlich der Vollversammlung des ÖRK 2022 „Rassistische Beziehungen der EKD beenden“ (s. auch SoKi-website).
- Schließlich geben wir zwei Mitteilungen des mit uns verbundenen Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar weiter: eine Einladung zu einem Online-Seminar und den Hinweis auf eine Broschüre, beides zum Thema „Kapitalismus überwinden“.

Im Namen der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland grüße ich Sie und Euch herzlich und wünsche uns allen viel Gutes in diesem Jahr, dass Hoffnungs- und Friedenskräfte sich entfalten können, bei uns und in unserer Welt, „bewahre uns Gott, behüte uns Gott...“

Rita Horstmann

Mahnwachen gegen die Annexion des Westjordanlandes am 26. Juni 2020

An den deutschlandweiten Mahnwachen vor den Landeskirchenämtern und weiteren kirchlichen Einrichtungen gegen die Annexion des Westjordanlandes durch Israel beteiligte sich in Bonn und Düsseldorf auch die SoKi.

Vor der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn und dem Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf demonstrierten u.a. TeilnehmerInnen der SoKi für den

**„Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln!
Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser
schweigen!“**

In dem Aufruf unter dieser Überschrift fordert Kairos Palästina und die weltweite Koalition „Globaler Kairos für Gerechtigkeit“ die Kirchen und ChristInnen in allen Ländern auf, sich stärker für die Rechte der Palästinenser, besonders in den von Israel besetzten Gebieten, einzusetzen und zu engagieren. So soll die vollständige formale Annexion ungefähr eines Drittels des besetzten Westjordanlandes einschließlich des Jordantals verhindert werden.

An der von der SoKi organisierten Mahnwache in Düsseldorf nahmen 20 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Organisationen in NRW teil (u.a. von pax christi, amnesty international, Eine-Welt-Gruppen, aus Dortmund, Hattingen, Duisburg, Essen, Wuppertal, Remscheid, Bonn-Beuel). In Vertretung von Präses Manfred Rekowski nahm Herr Wolfgang Hüllstrung (Arbeitsbereich christlich-jüdischer Dialog) den Aufruf und die zahlreichen Unterstützungs-Unterschriften aus allen Kontinenten entgegen. Er teilte mit, dass ein Gespräch in der Kirchenleitung zu der aktuellen Situation in Palästina-Israel geplant sei und eine Stellungnahme dazu veröffentlicht werden solle. Diese erfolgte am 30.06.2020 unter der Überschrift: „Rheinische Kirchenleitung besorgt über Annexionspläne in der Westbank“.

Aktuelle Informationen zum Thema Israel/Palästina finden Sie hier, zusammengestellt von Martin Breidert:

Gefragt nach Leseempfehlungen möchte ich gern auf das Buch des jüdisch- israelischen Philosophen **Omri Boehm** hinweisen: "Israel – eine Utopie". Er plädiert für einen binationalen israelisch-palästinensischen Staat statt einem rechtsradikalen jüdischen Israel. ISBN 978-3-549-1007-3, Preis 20 €

Aufschlussreich ist die Studie der jüdisch-israelischen Sozialforscherin **Nurit Peled-Elhanan**, **Trägerin des Sacharow-Preises: „Palästina in israelischen Schulbüchern“**.

Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte eine Arbeitsgruppe der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAiD). ISBN 978 1 78076 505, Preis 28 €. Am leichtesten zu beziehen ist das Buch über die Verlagsbuchhandlung Eberhard Hirschler:

buchhandlung.hirschler@singstiftung.de Die Autorin weist nach, dass israelische Schulbücher antiarabischen Rassismus vermitteln. Das Buch ist von besonderer Bedeutung, weil die Bundesregierung das Georg-Eckert- Schulbuchinstitut beauftragt hat, palästinensische Schulbücher auf Antisemitismus zu untersuchen. (Man könnte die Frage stellen, inwiefern die deutsche Regierung für palästinensische Schulbücher zuständig ist.)

Eine Aufsehen erregende Erklärung gab jetzt **Abraham Burg**. Er war immerhin früher Knesset-Sprecher und Präsident der Jewish Agency, distanziert sich jetzt aber mit deutlichen Worten vom "jüdischen" Staat Israel: http://www.palaestina-portal.eu/2021_01_03.html

Quelle: <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.HIGHLIGHT.MAGAZINE-a-scion-of-zionist-aristocracy-wants-to-quit-the-jewish-people-will-israel-let-him-1.9414503>

Es gibt einen wöchentlichen Newsletter ***BIP Aktuell***, den das *Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V. (BIP)* herausgibt: <https://bip-jetzt.de/bip-blog.html>
Wer will, kann sich auf meine Empfängerliste setzen lassen, um regelmäßig Infos zu Israel/Palästina zu erhalten: martin.breidert@gmx.de

Schließlich noch ein Buchhinweis, der nichts mit Palästina zu tun hat. Der Kölner Sozialforscher **Christoph Butterwegge** untersucht in seinem neuen Buch „**Ungleichheit in der Klassengesellschaft**“, zu welchen Verwerfungen der neoliberale Kapitalismus führt. Er analysiert die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, die durch Corona bedingte gesundheitliche Ungleichheit, Bildungsungleichheit und Wohnungleichheit. ISBN 978-3-89438-744-0, Preis 14,90 €

Mit freundlicher Genehmigung: Der Tagesspiegel, Berlin, Prof. J. Zimmerer, Hamburg

Das Auswärtige Amt ist ungeeignet für die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte

Jürgen Zimmerer

Jürgen Zimmerer ist seit 2010 Professor für die Geschichte Afrikas an der Universität Hamburg und leitet seit 2014 die Forschungsstelle Hamburgs koloniales Erbe.

Seit fünf Jahren verhandelt Deutschland mit Namibia über den kolonialen Völkermord, der im damaligen Deutsch-Südwestafrika von kaiserlichen Truppen verübt wurde. Seit zwei Jahren ist die Aufarbeitung des Kolonialismus deutsches Regierungsziel: Der Genozid an den Herero und Nama ist der Lackmustest für dessen Ernsthaftigkeit.

Wie kann es da eigentlich sein, dass in der ersten Tagung, die unter der Mitwirkung des Auswärtigen Amtes zum deutschen Kolonialismus stattfindet, Namibia keine Rolle spielt? Wie kann es sein, dass Staatsministerin Michelle Müntefering am Mittwoch mit „Colonialism as Shared History“ eine Tagung eröffnet, in der der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts nicht vorkommt, zumindest soweit dies dem Programm zu entnehmen ist?

Eine Tagung über Kolonialismus, mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, ohne eine einzige Referentin aus Namibia, ohne ein Panel zu Deutsch-Südwestafrika, ohne einen Vortrag zum ersten deutschen Völkermord, ist ein Rückfall in eine Zeit, als bei Veranstaltungen mit staatlicher Förderung, insbesondere der des Auswärtigen Amtes, der Begriff „Genozid“ nicht verwendet werden durfte.

Und das, obwohl in den letzten Jahren wiederholt, wohl auch um Versäumnisse in den Verhandlungen zu kaschieren, der Wille zur kritischen Auseinandersetzung beschworen wurde. Eines der heikelsten Themen nicht explizit im Programm? Man hätte daher erwartet, dass die Erörterung der historischen Umstände des Genozids, und auch seine Bewertung als solcher, im Mittelpunkt einer derartigen Tagung stehen würden, dass das Auswärtige Amt versuchen würde, wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln über eines der heikelsten Themen der deutschen Geschichts- und Gedächtnispolitik. Allerdings hätte dies auch die Linse auf das bisherige Versagen der deutschen Außenpolitik gerichtet. All dies vermeidet die genannte Tagung! Deren Botschaft ist klar: Innerhalb der Geschichte des (deutschen) Kolonialismus ist die Geschichte Namibias, die Geschichte kolonialer Massengewalt, nicht so zentral. Wie praktisch!

Diese Ablenkung ist subtiler als noch vor Jahren, als sich das Auswärtige Amt anscheinend auch auf eindeutig geschichtsrevisionistische Werke stützte, um die Befunde von Historiker*innen, welche die Gewalt und den Genozid untersuchten, zu diffamieren. Auch werden koloniale Verbrechen nicht länger geleugnet, sie werden einfach überschrieben durch eine diffuse „Geteilte Geschichte“, die nicht mehr genau erläutert, wer eigentlich die Teilung initiierte, und wer vom Teilen profitierte und wer die Zeche zahlte.

In der historischen Forschung zum Kolonialismus diente das Konzept der "Geteilten Geschichte" ursprünglich dazu, die Kolonisierten wieder als Akteure in die Geschichte einzuschreiben. Sie sollten nicht nur als passive Opfer wahrgenommen werden.

Dass ein Akt des dekolonialen Empowerments nun eine apologetische Funktion erfüllt, spricht jedem aufklärerischen Interesse Hohn. Gerade das Auswärtige Amt sollte jeden Anschein des Whitewashing vermeiden.

Deutsch-Südwestafrika war die einzige deutsche Siedlerkolonie in Afrika. Vor allem aber ist es wichtig, zwischen Siedlerkolonien und Beherrschungskolonien zu unterscheiden. Für erstere, zu denen etwa die USA, Kanada und Australien gehören, waren ethnische Säuberung, gar Genozid, konstitutiv. Zwar gab es auch hier Aushandlungsprozesse, allerdings war das Endergebnis die weitestgehende Entrechtung und Verdrängung der lokalen Bevölkerung bis zu deren Vernichtung.

Im deutschen Kolonialreich gab es nur eine Siedlerkolonie: Deutsch-Südwestafrika. Sie aus der Geschichte des deutschen Kolonialismus herauszunehmen, ist bereits selbst ein Akt der Geschichtsglättung. Diese folgt aber einem seit einiger Zeit zu beobachtendem Muster. 2018 hatten sich CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag auf die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus als Regierungsziel geeinigt. Das war erfreulich, doch ein Blick in die Praxis zeigt, dass es sich dabei vor allem um politische Rhetorik und Symbolpolitik handelt. Zwar werden hier kleinere Forschungen zur Provenienz nachrangiger Sammlungen mit Regierungsgeldern gefördert, dort darf das Goethe Institut einen internationalen Gesprächskreis ausrichten. An der kolonialen Substanz des Landes und seiner Institutionen wird nicht gerüttelt.

Das Humboldt Forum wird im Wesentlichen so eröffnet, wie geplant, die Benin Bronzen und die Nofretete verbleiben in Deutschland, über ihre Rückgabe wird noch nicht einmal gesprochen. Eine Dekolonisierung des Denkens, geschweige denn der Politik, findet nicht statt. Das Auswärtige Amt hat seine eigene Rolle bisher nicht aufgearbeitet. Der eigentliche Prüfstein ist aber der Umgang mit dem ersten deutschen Völkermord. Bisher sieht die Bilanz nicht gut aus. Vielleicht liegt dies auch daran, dass mit dem Auswärtigen Amt ausgerechnet eine Behörde im Zentrum der Aufarbeitung von Deutschlands kolonialer Vergangenheit steht, die sich bisher mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Rolle darin nicht besonders hervorgetan hat.

Hier scheint sich Geschichte zu wiederholen. Außenminister Joschka Fischer musste die kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der deutschen Diplomaten im Dritten Reich gegen enorme Widerstände erzwingen und an unabhängige Experten vergeben. Leider ist derzeit eine auch hinsichtlich des kolonialen Erbes (selbst-)kritische Aufarbeitung durch das Amt selbst nicht erkennbar. Diese ist aber längst überfällig. Schließlich war nicht nur die Verwaltung der deutschen Schutzgebiete über die längste Zeit des Kolonialreichs - auch während des Völkermordes - im Auswärtigen Amt angesiedelt; auch die internationale Absicherung kolonialer Ansprüche gehörte zu dessen Aufgaben. Über den Kolonialrevisionismus führt dann der Weg zur deutschen Außenpolitik gegenüber Befreiungsbewegungen und der Dekolonisation. Zu letzterem gehört auch das Verhältnis zu Südafrika während der Apartheid und Namibia, womit sich der Kreis wieder schließt. Deutschland muss die Nachfahren der ermordeten Herero und Nama einbinden. Erst am 17. September schlug eine weitere Tür zu im Versuch von Herero und Nama, Gerechtigkeit für das an ihnen verübte koloniale Unrecht zu finden: An dem Tag wies der 2nd Circuit Court of Appeal in New York ihre Berufung gegen ein Urteil zurück, das eine Klageerhebung gegen Deutschland in den USA ablehnte.

Nun, da die juristische Auseinandersetzung de facto vom Tisch ist, wäre ein guter Zeitpunkt, von deutscher Seite einen Neustart des Aussöhnungsprozesses zu beginnen, den Klägern die Hand reichen, sie an den Verhandlungen zu beteiligen. Das Gefühl, ausgeschlossen zu sein, hatte die Klage schließlich mit ausgelöst. Eine Aufarbeitung und eine Aussöhnung ohne Beteiligung der Nachkommen der Opfer ist schlechterdings unmöglich. Hier muss sich die deutsche Haltung ändern. Deutschland muss den ersten Schritt tun. Das ist die Verpflichtung dessen, der um Entschuldigung nachsucht.

Memorandum

Rassistische Beziehungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beenden. Zur Auslandsarbeit der EKD anlässlich der Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe

Wolfram Kistner: „ Im Blick auf die evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) ergibt sich die Frage nach ihrer inneren Unabhängigkeit denen gegenüber, die in ihrem Land in Politik und Wirtschaft den entscheidenden Einfluss haben. Inwieweit verstehen sich die evangelischen Landeskirchen in Deutschland als Glieder der weltumspannenden Gemeinschaft der Kirchen, deren Mitglieder in der überwiegenden Zahl die Armen und Entrechteten sind?... “

Eine Umkehr kann dann stattfinden, „wenn die EKD neue Wege findet wie sie ihre Gliedkirchen, die evangelischen Missionswerke, sowie die mit ihnen verbundenen Nachfolgegruppen und Initiativen sich gemeinsam an der Mitverantwortung für die ganze Menschheit beteiligen können.“

(Aus: Vorwort zu dem Buch von Gunther Hermann: Apartheid als ökumenische Herausforderung, 2006)

Im Vorfeld der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) würdigte die Vorsitzende des Zentralausschusses Frau Agnes Abuom (Anglikanische Kirche Kenia) vor der Herbstsynode 2020 der Landeskirche von Hessen-Nassau den Beitrag, den die Hessische Kirche mit der Unterstützung des Sonderfonds des Antirassismusprogramms (PCR) vor 50 Jahren geleistet hat. Sie berichtete, dass der ÖRK-Exekutivausschuss angesichts von zunehmender Fremdenfeindlichkeit, zunehmendem Rassismus und dem Erstarken des populistischen Nationalismus weltweit beschlossen habe, die Überwindung von Rassismus in den Vorbereitungen auf die nächste Vollversammlung 2022 und darüber hinaus zu einem wichtigen Arbeitsschwerpunkt zu machen.

Als Mitglieder des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika (MAKSA) und der Solidarischen Kirche im Rheinland (SoKi) haben wir uns gemeinsam mit anderen ökumenischen Gruppen in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts an der Unterstützung des PCR und seines Sonderfonds beteiligt – eines der bekanntesten und umstrittensten Programme des ÖRK. Damit gerieten wir in Konflikt mit unserer Kirche.

Neben Befreiungsbewegungen wurden auch andere Gruppen wie die von MAKSA mitgegründete Antiaparteidbewegung (AAB) in Westdeutschland durch den Sonderfonds unterstützt. Schon 1972 hat der MAKSA die EKD vergebens aufgefordert, ihre Beziehungen zu den deutschen Kirchen im südlichen Afrika, die Apartheid unterstützten, abzubrechen.

Wir verstehen uns nicht nur als Teil unserer Regionalkirchen sondern auch der Weltkirche und sehen im ÖRK den bisher deutlichsten Ausdruck für eine ökumenische Kirche.

Im September 2022 wird die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe stattfinden. Wir verbinden mit der Tatsache, dass die Vollversammlung zum ersten Mal in Deutschland tagt, die Hoffnung, dass von ihr ein starker Impuls für die EKD und ihre Gliedkirchen ausgeht, dass sie sich aufs Neue ihrer ökumenischen Gemeinschaft bewusst werden und begreifen, welche Chancen aber auch Verpflichtungen sich daraus ergeben. Die EKD als Gastgeberin ist eine der größten und finanzstärksten Mitgliedskirchen im ÖRK. Sie wird sich bemühen, bei der bevorstehenden Vollversammlung eine gute Gastgeberin zu sein. Sie wird sich auch ökumenisch offen und engagiert präsentieren. Zu fragen aber ist, in wieweit die EKD mit ihren augenblicklichen Reformvorstellungen und Strukturen diesem Anspruch gerecht wird. An vielen Stellen ist gegenwärtig in der EKD zu beobachten, dass die Wertschätzung der ökumenischen Bewegung und des ÖRK abgenommen hat und weiterhin abnimmt, so dass man zu Recht von einem „Prozess der De - Ökumenisierung“ sprechen kann.

Wir müssen zum Beispiel mit großer Enttäuschung feststellen, dass in dem von der Synode im November 2020 verabschiedeten Reformpapier der EKD „Hinaus ins Weite – Kirche auf gutem Grund“ die weltweite Ökumene nicht in den Blick kommt und der Ökumenische Rat

nicht einmal erwähnt wird. Die Begriffe „Ökumene“ und „Mission“ werden auf innerdeutsche Verhältnisse verkürzt.

Auch die sogenannte „Auslandsarbeit“ der Kirche bleibt EKD-zentriert. Es kommt durch sie nicht zu einer ökumenischen Öffnung. Statt in ökumenischem Kontext finden die Reformbestrebungen der EKD in problematischen staats- beziehungsweise landeskirchlichen Strukturen statt.

Die Auslandsarbeit der EKD ist in kolonialen Strukturen gefangen

Wie sehr die EKD in unökumenischen, rassistischen tradierten Strukturen verharret, wird besonders an ihrer sogenannten „Auslandsarbeit“, d.h. an ihrem „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland“, sichtbar. Sie ist ein gewichtiger Bestandteil der gesamten Arbeit der EKD und bis heute in kolonialen Strukturen gefangen.

Die kolonialistische Prägung der Auslandsarbeit der EKD hat eine lange Tradition. Die erste Vorgängerorganisation der EKD, der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEK), wurde 1903 gegründet, vor allem als zentrale Stelle zur Betreuung deutscher Auswanderer und Siedler in den entstandenen deutschen Kolonien. Damit begab sie sich und ihre Auslandspartner in ein verhängnisvolles Bündnis mit der deutschen Kolonialmacht und deren Bestrebungen für ein „größeres Deutschland“. Deren Folgen werden bis auf den heutigen Tag immer wieder sichtbar. Als die Besetzung im damaligen Deutsch-Südwestafrika auf den Widerstand der einheimischen Bevölkerung stieß, kam es zu dem bis heute weder in Politik noch Kirche aufgearbeiteten Völkermord an den Herero und Nama. Im April 2017 hat der Rat der EKD im Hinblick auf dieses Verbrechen zwar eine Schulderklärung verabschiedet. Diese wurde aber nicht in der Synode diskutiert. Sie richtet sich nicht an die Opfer und die Frage der Wiedergutmachung wird nicht angesprochen. Der Deutschen Evangelischen Kirche in der Republik Namibia (DELK), die im Rahmen der Auslandsarbeit bis heute vertragliche Beziehungen zur EKD hat, ging sogar diese unzureichende Schulderklärung zu weit und sie distanzierte sich davon.

Die Auslandsarbeit der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK), der Rechtsvorgängerin der EKD, war 1945 praktisch am Ende. Sie war nicht zuletzt durch die weitgehende Beteiligung an der rassistischen Auslandspolitik während der Naziherrschaft so kompromittiert, dass ihr kaum noch eine Chance des weiteren Fortbestehens blieb. Erst das Stuttgarter Schuldbekennnis von 1945 machte eine Versöhnung mit Vertretern des entstehenden Ökumenischen Rates möglich, sodass die EKD 1948 Mitglied des Ökumenischen Rates werden konnte. Dennoch griff die EKD bei ihrer Neugründung mit ihrer Auslandsarbeit auf die kolonialistischen Strukturen ihrer 1903 gegründeten Vorgängerorganisation zurück. Sie baute sie – neben und außerhalb der vom ÖRK neu gewährten Ökumenischen Gemeinschaft - rasant aus und machte sie zu einem gewichtigen Faktor in der Gesamtarbeit der EKD. (Für das Rechnungsjahr 1976 z.B. stieg der Haushaltsansatz auf rund 16 Mio. DM. Demgegenüber fiel der Etat für die ökumenische Arbeit mit 3,75 Mio. DM bescheiden aus.)

Das Übergewicht der Auslandsarbeit in den weltweiten Beziehungen wird auch deutlich am bis heute gültigen Ökumene Gesetz der EKD von 1996: Nur die Paragraphen 2 bis 4 behandeln weltweite Beziehungen, die Paragraphen 5 bis 20 regeln ausschließlich den „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache und Herkunft“.

So geschah und geschieht die Auslandsarbeit der EKD nicht in einen ökumenischen Kontext in Gemeinschaft mit der jeweils örtlichen oder regionalen beziehungsweise der weltweiten Ökumene, sondern wurde außerhalb davon in direkten Beziehungen zur EKD gestaltet und von daher bestimmt.

Die pseudo-ökumenischen weltweiten Verbindungen der EKD

Die in der EKD vorhandenen weltweiten „ökumenischen“ Verbindungen sind nicht gleichberechtigt und bis heute in Struktur und Praxis bestimmt durch Vorstellungen aus der Zeit der Kolonisierung und Missionierung: Das Kirchenamt der EKD ist direkt verantwortlich für die Beziehungen zu den über 100 Auslandsgemeinden sowie einigen Kirchen im südlichen Afrika deutscher Sprache oder Herkunft. Zudem bestehen Beziehungen zu Kirchen in Südamerika, die von deutschen Einwanderern begründet wurden, sowie zu Kirchen in Europa und den USA. Dagegen laufen die Beziehungen zu den Kirchen in den ehemaligen Missions- und Kolonialgebieten nur indirekt über die Missionswerke zu den Landeskirchen, die ihrerseits auch direkte Beziehungen – nicht über Missionswerke - zu Kirchen in Europa und den USA pflegen.

Zwar haben Missionswerke der Landeskirchen in den letzten Jahren versucht, innerhalb ihrer Strukturen mehr Gleichberechtigung zu schaffen, doch blieb die grundsätzliche Aufteilung bestehen: Beziehungen zu Kirchen in Europa und USA direkt über die Landeskirchenämter – Beziehungen zu Kirchen in den ehemaligen Missions- und Kolonialgebieten über die Missionswerke. Diese Parallelstruktur „ökumenischer“ Beziehungen – die auf der EKD-Ebene auch noch sehr unterschiedliche Gewichtungen und Qualifizierungen haben – trägt dazu bei, dass sich die EKD der ökumenischen Gemeinschaft faktisch entzieht, indem sie auf die Arbeit mit den Auslandsgemeinden als scheinbar ökumenische Arbeit ausweicht. Sie hat durch die Auslandsgemeinden so etwas wie eine hauseigenen „Sonderökumene“. So weltweit der Horizont erscheinen mag, er ist und bleibt deutsch und die Beziehungen sind EKD - zentriert.

Die weltweite ökumenische Gemeinschaft bekommt eine periphere Bedeutung. Man kann sich gelegentlich ihrer bedienen, sie ist aber nicht wirklich verpflichtend.

Wir sehen in dieser Form der „weltweiten, ökumenischen Verbindungen“ der EKD eine Form des strukturellen Rassismus.

Mit dieser Form des Rassismus haben sich einige von uns als Mitglieder des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika (MAKSA) besonders im Hinblick auf die Beziehungen der EKD zu den „deutschen Kirchen im Südlichen Afrika schon seit über 50 Jahren kritisch auseinandergesetzt und für eine Beendigung der Beziehungen plädiert, die die Apartheid faktisch sanktionierten und sie auch in der Kirche realisierten. Durch die aktuelle Aufrechterhaltung dieser Beziehungen trägt die EKD dazu bei, dass die strukturelle Apartheid nach ihrem politischen Ende in den deutschsprachigen Kirchen des südlichen Afrika, besonders in Namibia, weiter besteht.

Ausblick auf die Vollversammlung des Ökumenischen Rats 2022

Wir appellieren an die EKD und fordern:

- die Auflösung der sogenannten „Auslandsarbeit“ in ihrer jetzigen Gestalt
- Überführung ihres „Dienstes an evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland“ in einen ökumenischen Kontext in Gemeinschaft mit der jeweils örtlichen oder regionalen beziehungsweise der weltweiten Ökumene
- Beendigung des Ausweichens aus der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft und des ÖRK in eine eigene „Hausökumene“ oder „Sonderökumene“, die sich mit den deutschen Gemeinden im Ausland gebildet haben und parallel dazu mit den aus der Missionsgeschichte erwachsenen „besonderen Verbindungen“ zu den jeweiligen Kirchen.
- Beendigung der strukturellen und praktischen Geringschätzung des ÖRK, stattdessen ernsthaft und engagiert der Verpflichtung nachzukommen, die sich aus der Mitarbeit in der ökumenischen Gemeinschaft und der Mitgliedschaft im ÖRK ergibt.

Wir hoffen, dass für die EKD die Vollversammlung Impuls und Anlass ist, die ökumenischen Defizite in unserer Kirche zu beseitigen und ihre Beziehungen neu zu ordnen.

Gleichzeitig hoffen wir, dass dadurch auch unsere Kirchen und Gemeinden die Hilfe und Anregungen entdecken können, die sich aus der ökumenischen Gemeinschaft für ihr Bemühen um eine weltweite zukunftsfähige Kirche ergeben.

Im Advent 2020

Für die Solidarische Kirche im Rheinland und den Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika:

Frauke Heiermann und Dr. Markus Braun

Die Solidarische Kirche im Rheinland ist eine Gruppe von ca. 180 Mitgliedern in der Tradition der Bekennenden Kirche im „Dritten Reich“, für die das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zentral ist.

Der MAKSA setzt sich seit 1972 zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen in Deutschland für Gerechtigkeit in den Beziehungen zum Südlichen Afrika ein. Die meisten Mitglieder von MAKSA haben dort jahrelang gelebt und gearbeitet. Gründungsort war Mainz.

* * * * *

PLANET OVER PROFIT:

„Wer vom Klimawandel redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen“

Online-Einführungsseminar Kapitalismuskritik der „Projektgruppe Kapitalismus verstehen und überwinden“ zum Verhältnis von Kapital und Natur, am

Sonntag, den 27. Februar 2021, 9.30 bis 16.00 Uhr

Anmeldung bis 23. Februar 2021 unter: info@oekumenisches-netz.de

Veranstalter: Projektgruppe Kapitalismus verstehen und überwinden, c/o Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel. Nr.: 0261-89926284

In der Themenreihe „**Von den Rändern her denken!**“ konnte die geplante Veranstaltung des letzten Jahres am 20./21.03.2020 coronabedingt nicht stattfinden, weswegen wir hiermit auf den Nachholtermin am **27. Februar** diesen Jahres aufmerksam machen.

Hingewiesen sei auf die vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar 2020 herausgegebene 27-seitige Broschüre:

„Den Kapitalismus als Ganzes überwinden! Da es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.“

Der Kapitalismus wird in der Broschüre als alle Lebensbereiche gestaltende und durchdringende Gesellschaftsform erörtert, der es nicht möglich ist, „die sich zuspitzenden globalen Krisen zu lösen“. (S. 3, Z. 12)

„...ohne das Ganze der kapitalistischen Gesellschaftsform und der mit ihr verbundenen patriarchalen Geschlechterverhältnisse zu überwinden“ (S. 4, Z. 13f), „gibt es keinen Ausweg“ aus den „Vielfachkrisen“ (Z. 12f).

Der Text leistet einen Beitrag zur Kritik des Kapitalismus und schärft das Bewusstsein dafür, dass ohne Überwindung des Kapitalismus keine Perspektive gegen die Zerstörung und für das Leben von Menschen und der Schöpfung zu gewinnen ist.